

Berliner Handbücher

Das Recht der Kreditsicherung

Herausgegeben von

Prof. Dr. Markus Gehrlein

Richter am Bundesgerichtshof a. D.

Prof. Dr. Daniel Graewe, LL. M.

Rechtsanwalt

Judith Wittig

Bankjuristin a. D.

Bearbeitet von

Gesa Apel

Dr. Ole Böger, LL. M. (London)

Dr. Stefanie Filz

Prof. Dr. Markus Gehrlein

Prof. Dr. Daniel Graewe, LL. M.

Prof. Dr. Michael Hippeli, LL. M., MBA

Dr. Georg Hüllen

Béla Knof

Michael Liepin

Dr. Helmut Merkel

Dr. Henning Mordhorst

Dr. Bernd Peters

Martin Richter

Dr. Jan de Weerth

Judith Wittig

12., völlig neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

<https://ESV.info/978-3-503-24380-8>

Zitiervorschlag:

Bearbeiter, in: Gehrlein/Graewe/Wittig (Hrsg.), Das Recht der Kreditsicherung, 12. Aufl., § ... Rdn. ...

8. Auflage 2000

9. Auflage 2011

10. Auflage 2017

11. Auflage 2023

12. Auflage 2026

ISBN 978-3-503-24380-8 (gedrucktes Werk)

ISBN 978-3-503-24381-5 (eBook)

ISSN 1865-4185

DOI <https://doi.org/10.37307/b.978-3-503-24381-5>

Alle Rechte vorbehalten.

© 2026 Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG

Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin

info@ESVmedien.de, www.ESV.info

Die Nutzung für das Text und Data Mining ist ausschließlich dem Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG vorbehalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b UrhG ausdrücklich.

Druck: C.H. Beck, Nördlingen

Vorwort

Auch die 12. Auflage des Werkes „*Das Recht der Kreditsicherung*“ steht in der Tradition eines Handbuchs, das wissenschaftliche Fundierung mit praxisnaher Darstellung verbindet. Es verfolgt das Ziel, die vielschichtigen und in ständiger Fortentwicklung befindlichen Regelungen des Kreditsicherungsrechts verständlich, strukturiert und zugleich mit der erforderlichen juristischen Tiefe darzustellen. Gerade im Kreditsicherungsrecht, das an der Schnittstelle von Vertragsgestaltung, Sachenrecht, Insolvenzrecht, Bankpraxis und Prozessrecht liegt, ist ein solches Gleichgewicht von besonderer Bedeutung. Es geht nicht nur um dogmatische Präzision, sondern stets auch um verlässliche Lösungen für die tägliche Anwendung.

Das Kreditsicherungsrecht gehört seit jeher zu den besonders praxisrelevanten Bereichen des Wirtschaftsrechts. Kreditsicherheiten begleiten Finanzierungsvorgänge in nahezu allen wirtschaftlichen Lebensbereichen, von der klassischen Unternehmensfinanzierung über Konsumenten- und Immobilienkredite bis hin zu komplexen strukturierten Finanzierungen. Die rechtliche Gestaltung und Durchsetzung von Sicherheiten entscheidet dabei nicht selten über die wirtschaftliche Tragfähigkeit eines Geschäfts, über Risikoverteilung und Haftungsfolgen sowie im Krisenfall über den Umfang der Realisierungsmöglichkeiten. Entsprechend hoch sind die Anforderungen an eine Darstellung, die sowohl den dogmatischen Grundlagen als auch den praktischen Bedürfnissen gerecht wird.

Diese Auflage trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Anforderungen an die Praxis weiter verdichtet haben. Rechtsprechung und Gesetzgebung entwickeln das Kreditsicherungsrecht fortlaufend weiter; zugleich steigen die Erwartungen an rechtssichere, effiziente und wirtschaftlich sinnvolle Vertragsgestaltungen. In der Beratungspraxis gewinnen Fragen der Dokumentation, der insolvenzfesten Ausgestaltung, der Verwertung sowie der Wechselwirkungen mit angrenzenden Rechtsgebieten zunehmend an Bedeutung. Vor diesem Hintergrund versteht sich dieses Werk weiterhin als zuverlässiges Arbeitsmittel für alle, die mit Kreditsicherheiten befasst sind – sei es in Rechtsberatung, Kreditwirtschaft, Unternehmen, Insolvenzverwaltung, Justiz oder Wissenschaft.

Besonderes Gewicht wurde auch in der 12. Auflage auf die Verbindung von Systematik und Anwendungsbezug gelegt. Die einzelnen Beiträge erläutern nicht nur die rechtlichen Grundlagen und Streitfragen, sondern nehmen die typischen Fallkonstellationen der Praxis in den Blick. Vertragsmuster, Formulierungsvorschläge und Fallbeispiele dienen dabei nicht als bloße Ergänzung, sondern als integraler Bestandteil des Gesamtkonzepts. Sie sollen helfen, abstrakte Regeln in konkrete Gestaltung zu übersetzen und typische Fehlerquellen frühzeitig zu erkennen. Damit richtet sich das Werk sowohl an den erfahrenen

Praktiker als auch an denjenigen, der sich einen vertieften Zugang zum Kreditsicherungsrecht erarbeiten will.

Mit der 12. Auflage geht zugleich eine Änderung des Autorenkreises einher. Wir freuen uns, neue Mitautoren begrüßen zu dürfen, die das Werk mit zusätzlichen Erfahrungen und neuen Perspektiven bereichern. Der Austausch unterschiedlicher beruflicher Hintergründe und praktischer Schwerpunkte stärkt die Qualität des Gesamtwerks und trägt dazu bei, die Vielgestaltigkeit des Kreditsicherungsrechts noch präziser abzubilden. Sämtliche Autorinnen und Autoren sind langjährig in der Praxis tätig und verfügen über umfangreiche Erfahrung im Kreditsicherungsrecht. Ihre Beiträge beruhen nicht nur auf wissenschaftlicher Durchdringung, sondern in besonderem Maße auf der täglichen Anwendung und der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen realer Mandate und Verfahren.

Die Überarbeitung dieser Auflage erfolgte mit besonderer Sorgfalt. Sämtliche Beiträge wurden inhaltlich geprüft, aktualisiert und – soweit erforderlich – neu strukturiert. Rechtsprechung und Literatur sind auf den neuesten Stand gebracht; bedeutsame Entwicklungen wurden eingearbeitet und an den maßgeblichen Stellen vertieft kommentiert. Wie bereits in den vorangegangenen Auflagen orientiert sich das Werk eng an der höchstrichterlichen Rechtsprechung, um ein Höchstmaß an Verlässlichkeit für die Praxis zu gewährleisten. Wo Rechtsprechungslinien noch im Fluss sind oder unterschiedliche Auffassungen bestehen, werden die jeweiligen Positionen nachvollziehbar dargestellt und in ihren praktischen Konsequenzen eingeordnet.

Ein besonderes Anliegen bleibt es, das Werk trotz seines Umfangs und seiner inhaltlichen Tiefe gut nutzbar zu halten. Die Lesbarkeit, die klare Gliederung und die schnelle Auffindbarkeit relevanter Fragestellungen sind für ein Handbuch dieser Art von zentraler Bedeutung. Gerade deshalb bleibt es eine fortdauernde Aufgabe, Bewährtes zu sichern, neue Entwicklungen einzuordnen und die praktische Handhabung transparent zu machen. Die 12. Auflage versteht sich als Beitrag zu dieser Aufgabe. Sie soll Orientierung bieten, Diskussionen strukturieren und die Arbeit mit Kreditsicherheiten in Beratung, Vertragsgestaltung und Streitfall erleichtern.

Unser Dank gilt allen Mitwirkenden, die mit großem Engagement, fachlicher Sorgfalt und praktischem Erfahrungsschatz an dieser Auflage mitgewirkt haben. Ebenso danken wir den Lesern und Leserinnen, deren Vertrauen, Rückmeldungen und Hinweise maßgeblich zur Fortentwicklung des Werkes beitragen. Viele Anregungen aus der Praxis haben geholfen, Schwerpunkte zu schärfen, Darstellungen zu präzisieren und neue Fragestellungen aufzunehmen. Ein abschließender Dank geht an den Bank-Verlag, Köln, für die Überlassung und den Abdruck von Vertragsmustern. Sie sind weder als Empfehlung gedacht, noch ersetzen sie eine Rechtsberatung oder erheben den Anspruch, vor dem BGH bestehen zu können. Dieser Dialog zwischen Werk und Praxis ist ein wesentlicher Grund dafür, dass *„Das Recht der Kreditsicherung“* über die Auflagen hinweg ein verlässlicher Begleiter geblieben ist.

Landau, Hamburg und Bad Soden, im Frühjahr 2026

Die Herausgeber

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Bearbeiterverzeichnis	XLVII
§ 1 Allgemeine Grundlagen (<i>Judith Wittig</i>)	1
§ 2 Sicherungsmittel (<i>Martin Richter</i>)	27
§ 3 Sicherungsvertrag und Sicherstellungsvertrag (<i>Daniel Graewe</i>)	67
§ 4 Sicherheitenpoolverträge (<i>Helmut Merkel, Béla Knof</i>)	113
Anhang zu § 4 Sicherheitenpoolverträge (<i>Helmut Merkel, Béla Knof</i>)	137
§ 5 Verwertung der Sicherheit (<i>Henning Mordhorst</i>)	153
§ 6 Verwertung von Kreditsicherheiten im Insolvenz- verfahren über das Vermögen des Sicherungsgebers (<i>Henning Mordhorst</i>)	203
Anhang zu § 6 Verwertung von Kreditsicherheiten (<i>Henning Mordhorst</i>)	273
§ 7 Anfechtung von Kreditsicherheiten (<i>Michael Liepin</i>)	281
§ 8 Kreditsicherung und Aufsichtsrecht (<i>Michael Hippeli</i>)	293
§ 9 Personalsicherheiten (<i>Stefanie Filz</i>)	319
Anhang zu § 9 Personalsicherheiten (<i>Judith Wittig</i>)	435
§ 10 Verpfändung von beweglichen Sachen (<i>Georg Hüllen</i>)	449
§ 11 Sicherungseigentum (<i>Martin Richter</i>)	521
Anhang 1 zu § 11 Sicherungseigentum (<i>Martin Richter, Judith Wittig</i>)	613
Anhang 2 zu § 11 Sicherungseigentum (<i>Martin Richter, Judith Wittig</i>)	625
§ 12 Verpfändung von Rechten als Sicherungsmittel (<i>Gesa Apel</i>)	639
Anhang zu § 12 Verpfändung von Rechten (<i>Judith Wittig</i>)	711

§ 13 Sicherungsabtretung (<i>Judith Wittig</i>)	721
Anhang 1 zu § 13 Sicherungsabtretung (<i>Judith Wittig</i>)	797
Anhang 2 zu § 13 Sicherungsabtretung (<i>Judith Wittig</i>)	807
§ 14 Kreditsicherung und Leasing-Refinanzierung (<i>Bernd Peters</i>)	817
§ 15 Grundpfandrechte (<i>Michael Liepin</i>)	891
Anhang 1 zu § 15 Grundpfandrechte (<i>Judith Wittig</i>)	1001
Anhang 2 zu § 15 Grundpfandrechte (<i>Judith Wittig</i>)	1013
§ 16 Kreditsicherung und Gesellschaftsrecht (<i>Markus Gehrlein</i>)	1023
§ 17 Kreditsicherheiten im grenzüberschreitenden Verkehr, Rechtsangleichung und Harmonisierung (<i>Ole Böger</i>)	1115
§ 18 Ordnungsrechtliche Haftung des Sicherungsnehmers (<i>Béla Knof</i>)	1159
§ 19 Umsatzsteuer bei der Sicherheitenverwertung (<i>Jan de Weerth</i>)	1171
§ 20 Eigentumsvorbehalt (<i>Ole Böger</i>)	1197
Literaturverzeichnis	1235
Stichwortverzeichnis	1249

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Bearbeiterverzeichnis	XLVII
§ 1 Allgemeine Grundlagen (<i>Judith Wittig</i>)	1
Inhaltsübersicht	1
I. Grundbegriffe	1
1. Kreditsicherung	1
2. Gesicherte Forderung und Sicherungsrecht	2
a) Geborene Sicherheit	3
b) Gekorene Sicherheit	3
3. Sicherungsrecht	4
II. Die Arten der Sicherheit	7
1. Personal- und Sachsicherheit	7
a) Personalsicherheit	7
b) Sachsicherheit	9
2. Abhängigkeit der Sicherheit von der gesicherten Forderung	10
a) Akzessorische Sicherheit	11
b) Fiduziarische oder abstrakte Sicherheit	11
3. Mittelbar und unmittelbar verwertbare Sicherheit	14
a) Mittelbar verwertbare Sicherheit (vgl. § 5 Rn. 6)	14
b) Unmittelbar verwertbare Sicherheit (vgl. § 5 Rn. 12)	15
III. Der Vorvertrag	16
1. Positivklärung	16
2. Besicherungsanspruch nach AGB-Banken	18
3. Wegfall der vorgesehenen Sicherheit	19
4. Entgeltlichkeit der Sicherstellung	20
5. Bankmäßige Sicherheit und Geschäftsverbindung	22
IV. Beteiligte Personen	24
§ 2 Sicherungsmittel (<i>Martin Richter</i>)	27
Inhaltsübersicht	27
I. Personalsicherheit	27

II.	Sachsicherheit (Realsicherheit)	29
1.	Sachen und Rechte allgemein	29
a)	Nutzungen und Erträge	29
b)	Surrogate	30
2.	Bewegliche Sachen	31
a)	Allgemeines	31
b)	Zubehör	33
3.	Unbewegliche Sachen	36
a)	Allgemeines	36
b)	Wesentliche Bestandteile	37
c)	Scheinbestandteil	40
III.	Beeinträchtigung und Bewertung der Sicherheit	42
1.	Sicherungswert	42
2.	Bewertung der Personensicherheit	43
3.	Bewertung der Sachsicherheit	43
a)	Beleihungswert und Deckungsverhältnis	43
b)	Bewertung beweglicher Sachen	46
c)	Bewertung unbeweglicher Sachen	49
aa)	Dingliche Rechte am Grundstück	51
(1)	Öffentliche Lasten	52
(2)	Erbbaurecht	52
(3)	Dienstbarkeiten	53
(4)	Vorkaufsrecht, Wiederkaufsrecht	55
(5)	Reallast	56
(6)	Grundpfandrecht	56
bb)	Vorläufige Eintragungen	57
(1)	Vormerkung	57
(2)	Widerspruch	58
(3)	Verfügungsbeschränkungen	59
cc)	Rangordnung	61
4.	Bewertung von Rechten	65
§ 3	Sicherungsvertrag und Sicherstellungsvertrag	
	<i>(Daniel Graewe)</i>	67
	Inhaltsübersicht	67
I.	Begriffe	68
1.	Sicherungsvertrag	68
2.	Sicherstellungsvertrag	69
3.	Sicherungsvorvertrag	70
II.	Parteien	70
1.	Sicherungsvertrag	70
2.	Sicherstellungsvertrag	70
III.	Rechtsverhältnisse bei Interzession und Sicherungsübertragungen an Treuhänder	71
1.	Sicherungsgeber – Schuldner	71
2.	Sicherungsnehmer – Gläubiger	72

IV.	Form	73
1.	Sicherungsvertrag	73
2.	Sicherstellungsvertrag	74
V.	Formularklauseln	74
1.	Begriffsbestimmung	74
2.	Einbeziehung	75
3.	Überraschende Klauseln	76
4.	Unangemessene Klauseln	77
5.	Vorrang der Individualabrede, Unklarheitenregel	79
6.	Rechtsfolgen bei Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit	80
VI.	Gesicherte Forderung	81
1.	Zweckerklärung	81
a)	Akzessorische Sicherheiten	81
b)	Fiduziarische Sicherheiten	84
2.	Limitierung der Haftung	85
3.	Auswechslung und Änderung der Forderung	85
4.	Ausbleiben und Wegfall der Forderung	86
a)	Nichtgewährung des Kredits	86
b)	Unwirksamkeit des Kreditvertrages, des Sicherungsvertrages und/oder des Sicherstel- lungsvertrages	86
c)	Erlöschen der Forderung	88
d)	Einstellung der Forderung in ein Kontokorrent	89
5.	Verjährung	91
6.	Wechsel des Gläubigers und des Schuldners	91
a)	Gesamtrechtsnachfolge	91
b)	Sonderrechtsnachfolge	92
aa)	Übertragung der Forderung	92
(1)	Allgemeines	92
(2)	Akzessorische Sicherheiten	93
(3)	Nichtakzessorische Sicherheiten	93
(4)	Besonderheiten der Sicherungs- grundschuld	94
bb)	Schuldübernahme	96
c)	Konfusion, Konsolidation	97
VII.	Sittenwidrigkeit	97
1.	Anfängliche Übersicherung	98
2.	Knebelung	100
3.	Gläubigergefährdung, Kredittäuschung, Insolvenzver- schleppung	101
4.	Verleitung zum Vertragsbruch	102
5.	Finanzielle Überforderung	103
6.	Rechtsfolge der Unwirksamkeit	105

VIII.	Sorgfaltspflichten des Sicherungsnehmers/Gläubigers gegenüber dem Sicherungsgeber/Schuldner	106
1.	Vorvertragliche Aufklärungs- und Warnpflichten	106
2.	Obhutspflichten	107
IX.	Freigabepflicht bei nachträglicher Übersicherung	108
X.	Kündigungsrecht des Interzedenten	111
§ 4	Sicherheitenpoolverträge (<i>Helmut Merkel, Béla Knof</i>)	113
	Inhaltsübersicht	113
I.	Erscheinungsformen von Poolverträgen	113
1.	Einführung	113
2.	Sicherheitenpool	114
3.	Bassinvertrag	116
4.	Lieferantenpool	116
5.	Sicherheitenabgrenzungsvertrag	117
II.	Wirtschaftliche Bedeutung von Sicherheiten-Poolverträgen	117
III.	Sicherheiten-Poolvertrag der Kreditinstitute	119
1.	Rechtsnatur, Parteien des Poolvertrages und Laufzeit	119
2.	Einbezogene Kredite und Moratorium	121
3.	Einbezogene Kreditsicherheiten	121
4.	Erweiterung des Sicherungszwecks auf alle Kreditforderungen der Poolbanken	123
5.	Verwaltung des Pools und Haftung des Poolführers	125
6.	Saldenausgleich	125
7.	Rangfolge der Befriedigung im Verwertungsfall	128
8.	Anerkennung von Poolbildungen durch die Rechtsprechung	128
a)	BGH, Urt. v. 02.06.2005 – IX ZR 181/03	128
b)	Anerkennung der treuhänderischen Verwaltung eines Sicherungsrechts	129
c)	Anfechtbarkeit der Zahlungseingänge bei der falschen Poolbank	130
IV.	Lieferantenpool der Warenkreditgeber	131
1.	Interessenlage	131
2.	Sprengung des Pools durch den Insolvenzverwalter	132
3.	Prozess- und beweisrechtliche Lösungsvorschläge	133
V.	Sicherheitenabgrenzungsvertrag	134
1.	Rechtsnatur	134
2.	Übliche Regelungen hinsichtlich der Erlösverteilung	135
3.	Beteiligung von Kreditinstituten an Sicherheitenabgrenzungsverträgen aus Sicht der Kreditinstitute	135
4.	Anfechtbarkeit von Sicherheitenabgrenzungsverträgen	136

Anhang zu § 4 Sicherheitenpoolverträge

(Helmut Merkel, Béla Knof)	137
Formular „Sicherheitenpoolvertrag“	137
Erläuterungen zum Formular „Sicherheitenpoolvertrag“	147
I. Vertragspartner	147
II. Vereinbarungen bezüglich der in den Poolvertrag einbezogenen Kredite (§ 1)	147
III. Stillhaltevereinbarung (§ 1 Abs. 4)	147
IV. Sicherheiten (§ 2)	148
V. Sicherungszweck der Poolsicherheiten (§ 3)	149
VI. Freigabeklausel, Rückübertragung von Sicherheiten (§ 4)	149
VII. Sicherheitenverwaltung und -verwertung (§§ 5, 7), Informationsaustausch (§ 11)	150
VIII. Gesellschafterwechsel (§ 6) und Kündigung des Poolvertrages (§ 12)	150
IX. Saldenausgleich (§ 8)	150
X. Erlösverteilung (§ 9)	151

§ 5 Verwertung der Sicherheit (Henning Mordhorst)	153
Inhaltsübersicht	153
I. Verwertungsreife	153
II. Ablösung der Sicherheit und Übergang der Forderung	158
1. Mittelbar verwertbare Sicherheit	159
2. Unmittelbar verwertbare Sicherheit	163
III. Die Verwertung im Einzelnen	164
1. Vorbereitung der Verwertung	164
2. Androhung der Verwertung	165
3. Zwangsvollstreckung in das Sicherungsmittel	166
a) Zwangsvollstreckung in bewegliche Sachen	169
b) Zwangsvollstreckung in Immobilien, insbesondere Grundstücke	169
aa) Zwangsversteigerung	170
bb) Zwangsverwaltung	175
cc) Eintragung einer Sicherungshypothek	176
c) Zwangsvollstreckung in Rechte	176
4. Veräußerung des Sicherungsmittels	178
a) Anwendbare Regelungen	178
b) Zugriff des Sicherungsnehmers auf Erträge	179
c) freihändiger Verkauf, öffentliche Versteigerung und Einziehung	180
d) Verkauf von Grundschulden	181
5. Folgen der Verwertung	184
6. Ausgleich unter mehreren Sicherungsgebern	187
7. Einstweiliger Rechtsschutz (Arrest, einstweilige Verfügung)	189
a) Arrest	189
b) Einstweilige Verfügung	190

IV.	Kreditsicherheiten im präventiven Restrukturierungsrahmen	190
1.	Vorbemerkung	190
2.	Vollstreckungs- und Verwertungssperre	192
3.	Eingriffe in Kreditsicherheiten durch Restrukturierungsplan	197
a)	Gestaltung von Absonderungsanswartschaften	197
b)	Zustandekommen des Restrukturierungsplans	198
aa)	Gruppenbildung	198
bb)	Abstimmung über den Restrukturierungsplan	198
cc)	Gruppenübergreifende Mehrheitsentscheidung	199
dd)	Bindungswirkung des Restrukturierungsplans	200
4.	Sanierungsmoderation	202
§ 6	Verwertung von Kreditsicherheiten im Insolvenzverfahren über das Vermögen des Sicherungsgebers (Henning Mordhorst)	203
	Inhaltsübersicht	203
I.	Vorbemerkung	204
II.	Verwertung von Grundpfandrechten und anderen Immobiliarsicherheiten	205
1.	Gesetzliche Grundlagen	205
2.	Zwangsversteigerung auf Betreiben des gesicherten Gläubigers	206
a)	Einleitung bzw. Fortsetzung des Verfahrens	206
b)	Einstellung der Zwangsversteigerung	207
aa)	Einstellung im Insolvenzverfahren	208
bb)	Einstellung nach Insolvenzeröffnung	208
cc)	Zumutbarkeitserfordernis	208
dd)	Schutzvorschriften zugunsten des Gläubigers	209
c)	Erlösverteilung, insbesondere Kostenbeiträge für die Insolvenzmasse	211
3.	Zwangsverwaltung auf Betreiben des gesicherten Gläubigers	212
4.	Verwertungsvereinbarungen	214
a)	Freihändige Verwertung	214
b)	Verwaltungs- bzw. Nutzungsvereinbarungen	216
5.	Verwertung von (Grundstücks-)Zubehör	218
6.	Sonstige Möglichkeiten des Insolvenzverwalters	219
a)	Freigabe	219

b)	Zwangsversteigerung auf Betreiben des Insolvenzverwalters	219
aa)	Verhältnis zur Gläubigerversteigerung	220
bb)	Verfahren der Insolvenzverwalterver- steigerung	220
cc)	Eigentümergrundpfandrechte und Rückge- währansprüche	221
7.	Praktische Bedeutung und Strategien der Gläubiger	222
III.	Verwertung von beweglichen Gegenständen, Forderungen und Rechten	224
1.	Die Verwertungsbefugnis des Insolvenzverwalters im eröffneten Insolvenzverfahren	224
a)	Verwertung von beweglichen Gegenständen (§ 166 Abs. 1 InsO)	225
aa)	Voraussetzungen des Verwertungsrechts, insbesondere Besitzerfordernis	225
bb)	Durchführung der Verwertung bei beweglichen Sachen	228
cc)	Nutzung und Verarbeitung von beweglichen Sachen	229
dd)	Freigabe an den Absonderungsberechtigten zur Verwertung	231
b)	Einziehung und Verwertung von Forderungen (§ 166 Abs. 2 InsO)	231
c)	Erweiterung des Anwendungsbereichs des § 166 Abs. 1 und 2 InsO	232
d)	Sicherung der Interessen der Gläubiger bei der Verwertung durch den Insolvenzverwalter	233
aa)	Informationsrechte	233
bb)	Schutz vor Veräußerung unter Wert: Mittei- lungsverpflichtung	234
cc)	Schutz des Gläubigers vor einer Verzögerung der Verwertung: Zinszahlungspflicht	237
dd)	Schutz des Gläubigers vor einer Vereitelung seiner Rechte bei der Verwertung: Schadens- ersatzverpflichtung	239
e)	Verwendung des Erlöses	240
aa)	Kostenbeiträge	240
bb)	Befriedigung des Absonderungsbe- rechtigten	243
2.	Verwertung durch den gesicherten Gläubiger	244

3.	Verwertung von Kreditsicherheiten im Insolvenzverfahren	246
a)	Ausgangssituation	246
aa)	Sicherungseigentum	247
bb)	Sicherungsabtretung	248
b)	Anordnungen nach § 21 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 InsO	248
aa)	Sicherungseigentum	249
bb)	Sicherungsabtretung	251
4.	Verwertungsvereinbarungen	253
a)	Verwertungsvereinbarung über den Einzug von sicherungszierten Forderungen	255
b)	Vereinbarung über die Verwertung und Verwendung von Vorräten, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen	256
c)	Vereinbarung über die Verwertung und Verwendung von Gegenständen des beweglichen Anlagevermögens	257
5.	Ablösung und Ablösungsvereinbarungen	258
IV.	Besonderheiten in der Eigenverwaltung	258
V.	Berücksichtigung von Kreditsicherheiten im Insolvenzplan	259
1.	Einstellung der Verwertung von Kreditsicherheiten	259
2.	Eingriffe in Kreditsicherheiten durch Insolvenzplan	260
3.	Zustandekommen des Plans und Minderhei- tenschutz	262
a)	Gruppenbildung	263
b)	Abstimmung über den Insolvenzplan	264
c)	Obstruktionsverbot	264
d)	Minderheitenschutz	265
e)	Gerichtliche Bestätigung des Plans und Wirkung	267
VI.	Besonderheiten im Verbraucherinsolvenzverfahren und Restschuldbefreiung	267
1.	Verbraucherinsolvenzverfahren	267
a)	Allgemeines	267
b)	Besonderheiten im Zusammenhang mit der Verwertung von Kreditsicherheiten	268
c)	Vorgesaltete Schuldenbereinigungsversuche	268
2.	Restschuldbefreiung	269
VII.	Neue Besicherung im Insolvenzverfahren	269
1.	Ausgangslage	269
2.	Besicherung eines Massekreditvertrages	270
Anhang zu § 6 Verwertung von Kreditsicherheiten		
(Henning Mordhorst)		273
Muster eines Massekreditvertrages		273

Erläuterungen zum Muster „Massekreditvertrag“	275
I. Zeitpunkt des Abschlusses der Vereinbarung	275
II. Vertragsparteien	276
III. Kreditgewährung	276
IV. Absicherung des Rückzahlungsanspruchs	276
V. Zustimmung des Insolvenzgerichts und der Gläubigerorgane zur Kreditaufnahme und zur Besicherung	277
VI. Laufzeit und Kündigung	278
VII. Besicherung des Massekredits	278
§ 7 Anfechtung von Kreditsicherheiten (Michael Liepin)	281
Inhaltsübersicht	281
I. Einleitung	281
II. Allgemeine Anfechtungsvoraussetzungen	282
1. Anfechtungsvoraussetzungen in der Insolvenz	282
2. Voraussetzungen der Gläubigeranfechtung	284
III. Deckungsanfechtung (§§ 130, 131 InsO)	285
1. §§ 130, 131 InsO	285
2. Bargeschäft	287
IV. Vorsatzanfechtung (§ 133 InsO bzw. § 3 AnfG)	288
V. Schenkungsanfechtung (§ 134 InsO bzw. § 4 AnfG)	290
VI. Rechtsfolgen	291
§ 8 Kreditsicherung und Aufsichtsrecht (Michael Hippeli)	293
Inhaltsübersicht	293
I. Einführung	293
II. Historische Entwicklung	294
III. Aktuelle Rechtslage	295
IV. Kreditrisikominderungsstechniken unter der CRR	297
1. Allgemeine Grundsätze für alle Techniken, Art. 194 Abs. 1, 2, 8, 9 CRR	298
a) Rechtswirksamkeit und Durchsetzbarkeit	298
b) Unabhängigkeitserfordernis	299
c) Umgang mit Mustertexten	299
d) Umgang mit Konsortialverträgen/Poolicherheiten	300
e) Umgang mit dem Altbestand	300
f) Monitoring	300
g) Risikomanagement	301
h) Bonitätsprüfung	301
2. Allgemeine Grundsätze für Besicherungen mit Sicherheitsleistung, Art. 194 Abs. 3, 4 CRR	302
3. Allgemeine Grundsätze für Absicherungen ohne Sicherheitsleistung, Art. 194 Abs. 5, 6 CRR	304
4. Exkurs: Ratingarten für Kreditrisiken	305
a) Kreditrisiko-Standardansatz (KSA)	305
b) Internal Rating Based Approach (IRBA)	305

V.	Auswirkungen von Kreditrisikominimierungstechniken	306
VI.	Sicherheiten im Einzelnen	308
1.	Anforderungen an bilanzielles Netting	308
2.	Anforderungen an Finanzsicherheiten	310
3.	Anforderungen an Immobiliensicherheiten	312
4.	Anforderungen an Forderungen	313
5.	Anforderungen an sonstige Sachsicherheiten	315
6.	Anforderungen an Leasingrisikopositionen	316
7.	Anforderungen an sonstige Arten der Besicherung mit Sicherheitsleistung	316
§ 9	Personalsicherheiten (<i>Stefanie Filz</i>)	319
	Inhaltsübersicht	319
A.	Bürgschaft	320
I.	Begriff	320
1.	Allgemeines	320
2.	Sicherung einer Forderung	321
3.	Akzessorietät	322
a)	Grundsatz	322
b)	Einschränkung	323
4.	Abgrenzung zu ähnlichen Rechtsinstituten	323
5.	Die beteiligten Personen	324
a)	Das Rechtsverhältnis Gläubiger – Bürge	324
b)	Das Rechtsverhältnis Gläubiger – Hauptschuldner	324
c)	Das Rechtsverhältnis Hauptschuldner – Bürge	325
II.	Vertragsschluss	327
1.	Vertragsinhalt	327
a)	Auslegung	327
b)	Inhaltliche Bestimmtheit	328
2.	Schriftform	329
a)	Grundsätze	329
b)	Bürgschaft durch Telefax	332
c)	Blankobürgschaft	333
d)	Bürgschaft als Handelsgeschäft	334
3.	Unwirksamkeit wegen Sittenwidrigkeit	335
a)	Allgemeine Grundsätze	335
b)	Fallgruppen	337
aa)	Beeinflussung der Entscheidungsfreiheit des Bürgen	337
bb)	Ausnutzung des sittlich verwerflichen Handelns des Hauptschuldners oder Dritter	338
cc)	Krasse Überforderung des aus emotionaler Verbundenheit handelnden Bürgen	339
c)	Gesellschafterbürgschaften	343

d)	Arbeitnehmerbürgschaften	344
e)	Person des Gläubigers	345
f)	Möglichkeit der Restschuldbefreiung als Kriterium	345
g)	Vollstreckungsabwehrklage des Bürgen gegen rechtskräftige Urteile	346
4.	Unwirksamkeit aus sonstigen Gründen	346
5.	Anfechtungstatbestände	347
6.	Nebenpflichten des Gläubigers	348
7.	Nebenpflichten des Bürgen	350
III.	Inanspruchnahme aus der Bürgschaftsforderung	350
1.	Fälligkeit	350
2.	Inhalt und Umfang	351
3.	Nachträgliche Änderungen der Hauptschuld	352
a)	Gesetzliche Rechtsfolgen	352
b)	Rechtsgeschäftliche Änderungen	352
IV.	Einwendungen und Einreden des Bürgen	354
1.	Überblick	354
2.	Eigene Einwendungen und Einreden	354
a)	Verjährung	354
b)	Einrede der Vorausklage	355
3.	Einreden gegen die Hauptschuld	356
a)	Grundsatz	356
b)	Verjährung	357
c)	Einrede der Anfechtbarkeit	358
d)	Einrede der Aufrechenbarkeit	359
V.	Formularklauseln	359
1.	Weite Zweckerklärung	359
a)	Grundlagen	359
b)	Der Begriff des Anlasskredits	361
c)	Kaufmännischer Geschäftsverkehr	362
d)	Geschäftsführer/Gesellschafter	362
2.	Erweiterung der Rechte des Gläubigers	363
a)	Zinsänderungen	363
b)	Tilgungsaussetzung	364
c)	Sicherungsrechte vor Fälligkeit	364
d)	Veränderung der Verjährungsfrist einer Bürgschaftsforderung	364
e)	Haftung für Bereicherungsansprüche gegen den Kunden	365
3.	Ausschluss von Bürgenschutzbestimmungen	365
a)	§ 768 BGB	365
b)	§ 770 Abs. 1 BGB	366
c)	§ 770 Abs. 2 BGB	366
d)	§ 774 Abs. 1 BGB	367
e)	§ 776 BGB	368

VI.	Widerruf der Bürgschaftserklärung	368
1.	Haustürgeschäft	368
2.	Verbraucherdarlehensvertrag	371
VII.	Erfüllung der Bürgschaftsschuld	372
1.	Gesetzlicher Forderungsübergang	372
a)	Voraussetzungen	372
b)	Umfang	372
2.	Konkurrenz zwischen Bürgen und Gläubiger	373
a)	§ 774 Abs. 1 Satz 2 BGB	373
b)	Insolvenz des Hauptschuldners	374
c)	Besonderheiten im StaRUG (Gesetz über den Stabilisierungs- und Restrukturierungsrahmen für Unternehmen)	374
3.	Aufgabe von Sicherheiten durch den Gläubiger	375
4.	Rückgriff beim Hauptschuldner	376
5.	Ausgleich unter Mitbürgen	377
6.	Ausgleichsverhältnis zu anderen Sicherungsgebern	379
VIII.	Ende des Bürgschaftsvertrags	379
1.	Wegfall des Hauptschuldners	379
2.	Bedingung/Befristung	380
3.	Kündigung	381
4.	Wegfall der Geschäftsgrundlage	382
5.	Rückgabe der Bürgschaftsurkunde	383
IX.	Besondere Bürgschaftsarten	384
1.	Die Bürgschaft auf erstes Anfordern	384
a)	Inhalt und Voraussetzungen des Anspruchs	384
b)	Einwendungen aus dem Bürgschaftsvertrag	387
c)	Einwendungen gegen die Hauptschuld	388
d)	Einwendungen aus der Sicherungsabrede zwischen Gläubiger und Hauptschuldner	388
e)	Das Rechtsverhältnis zwischen Bürgen und Hauptschuldner	391
f)	Rückforderungsprozess	392
aa)	Zwischen Bürgen und Gläubiger	392
bb)	Zwischen Hauptschuldner und Gläubiger	394
cc)	Anspruchskonkurrenz zwischen Bürge und Hauptschuldner	395
dd)	Anspruchsgegner im Falle der Zession	395
2.	Abschlags-/Vorauszahlungsbürgschaft	397
3.	Bürgschaft nach § 7 MaBV	397
4.	Ausfallbürgschaft	400
5.	Gewährleistungsbürgschaft	401
6.	Höchstbetragsbürgschaft	402

7. Mitbürgschaft	403
8. Nachbürgschaft	404
9. Rückbürgschaft	404
10. Vertragserfüllungsbürgschaft	405
11. Zeitbürgschaft	406
12. Prozessbürgschaft	407
B. Sonstige Personalsicherheiten	409
I. Schuldmitübernahme	409
1. Begriff und Rechtsnatur	409
2. Abgrenzung zu anderen Rechtsinstituten	410
3. Form	411
4. Unwirksamkeit wegen Sittenwidrigkeit	412
5. Formularmäßige Zweckerklärung	413
6. Anwendung des Verbraucherdarlehensrechts	413
7. Wirkungen des Beitritts	414
8. Erfüllung	414
9. Erlass	414
10. Kündigung	415
11. Verjährung	415
II. Garantie	416
1. Begriff	416
2. Haftungsumfang	417
3. Übergang der Rechte	417
4. Garantie auf erstes Anfordern	418
5. Weitere Garantiearten	420
III. Kreditauftrag	421
1. Begriff	421
2. Rechtsfolgen	422
IV. Wechselbürgschaft	422
V. Patronatserklärungen	423
1. Allgemeines	423
2. Weiche Patronatserklärungen	425
a) Unverbindliche Erklärungen	425
b) Bestätigung rechtserheblicher Tatsachen	425
c) Zusicherungen eines bestimmten Verhaltens	427
3. Harte Patronatserklärungen	430
a) Inhalt der Verpflichtung	430
b) Atypische Patronatserklärungen	432
c) Beendigung des Vertrages	432
4. Bilanzierungs- und Berichtspflicht	432
Anhang zu § 9 Personalsicherheiten (<i>Judith Wittig</i>)	435
Formular „Selbstschuldnerische Höchstbetragsbürgschaft zur Sicherung bestimmter Forderungen der Bank“	435

Erläuterungen zum Formular „Selbstschuldnerische Höchstbetragsbürgschaft zur Sicherung bestimmter Forderungen der Bank“	437
I. Vorbemerkungen zur Selbstschuldnerischen Höchst- betragsbürgschaft zur Sicherung bestimmter Forderungen der Bank	437
II. Anmerkungen zum Rubrum und Ausfüllhinweise	438
III. Anmerkungen zu den Bürgschaftsbedingungen	443
1. Haftungsumfang	443
2. Fortbestand der Bürgschaft bei zwischenzeitlicher Rückführung	443
3. Inanspruchnahme aus der Bürgschaft, Verzicht auf Einreden	444
4. Übergang von Sicherheiten	444
5. Anrechnung von Zahlungseingängen	445
6. Haftung mehrerer Bürgen	445
7. Zusätzliche Bürgschaftserklärungen	445
8. Freigabe von Sicherheiten	445
9. Recht des Bürgen zur Kündigung der Bürgschaft	446
10. Verjährung	447
11. Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse	447
§ 10 Verpfändung von beweglichen Sachen (Georg Hüllen)	449
Inhaltsübersicht	449
I. Rechtsinhalt	450
II. Wirtschaftliche Bedeutung	452
III. Pfandgegenstände	453
1. Sachen, Sachteile, Erzeugnisse, Zubehör	453
2. Mehrheit von Sachen, Sachgesamtheiten	455
3. Ideelle Bruchteile einer Sache	456
4. Künftige Sachen	456
5. Anwartschaftsrecht	457
6. Geld	457
7. Wertpapiere	458
8. Handelsrechtliche Traditionspapiere	459
IV. Sicherungsvertrag	459
V. Bestellung des Pfandrechts	461
1. Übersicht	461
2. Einigung durch Stellvertreter und Dritte mit Zustimmung des Eigentümers	462
3. Form der Einigung	462
4. Vorwegnahme der Einigung, bedingtes und befristetes Pfandrecht	462
5. Rangordnung	463
6. Verhältnis des AGB-Pfandrechts der Kreditinstitute zur gesonderten Verpfändung	464

7.	Bestellungsvarianten	465
a)	Übergabe (§ 1205 Abs. 1 Satz 1 BGB)	465
b)	Bereits bestehender Besitz des Gläubigers (§ 1205 Abs. 1 Satz 2 BGB)	466
c)	Abtretung des Herausgabeanspruchs und Verpfändungsanzeige bei mittelbarem Besitz (§ 1205 Abs. 2 BGB)	466
d)	Übergabeersatz durch Einräumung des Mitbesitzes (§ 1206 BGB)	467
8.	Verpfändung durch Nichtberechtigte	468
9.	Gutgläubiger Erwerb des Vorrangs	471
10.	Sonderfälle: Schiffshypothek, Registerpfandrecht an Luftfahrzeugen, Inventarpfandrecht	472
a)	Schiffe, Schiffsbauwerk, Schwimmdock	472
b)	Luftfahrzeuge	473
c)	Inventar des Pächters eines landwirtschaftlichen Grundstücks	473
VI.	Gesicherte Forderung	475
1.	Sicherungsfähige Ansprüche	475
2.	Nicht existente Forderung	476
3.	Bedingte und künftige Forderung	476
4.	Durchsetzbarkeit der Forderung	478
5.	Gläubiger- und Schuldnermehrheit	479
6.	Umfang der Pfandhaftung	479
a)	Grundsatz	479
b)	Eigentümer des Pfandes ist mit persönlichem Schuldner identisch	480
c)	Drittverpfändungsfälle	481
7.	Einreden des Verpfänders gegen die Forderung	482
8.	Übertragung von Forderung und Pfandrecht	483
VII.	Rechtsverhältnis zwischen Verpfänder und Pfandgläubiger	486
1.	Verwahrungspflicht	487
2.	Verwendungen	488
3.	Pfandgefährdung durch Gläubiger	489
4.	Drohender Verderb und Wertminderung	490
5.	Rückgabepflicht	492
6.	Einlösungsrecht	493
7.	Gesetzlicher Forderungsübergang	493
VIII.	Schutz des Pfandrechts	496
1.	Herausgabe des Pfandes	496
2.	Herausgabe von Nutzungen und Erzeugnissen	497
3.	Schadensersatz	497
4.	Verwendungsersatz	498
5.	Sonstige Beeinträchtigungen	498
IX.	Ablösungsrecht	498

X.	Beendigung des Pfandrechts	500
1.	Erlöschen der Forderung	500
2.	Weitere pfandrechtliche Erlöschensgründe	501
3.	Allgemeine Gründe für den Untergang von Rechten an Sachen	503
XI.	Verwertung des Pfandes	503
1.	Übersicht	503
2.	Privatverkauf	504
a)	Allgemeine Voraussetzungen	504
b)	Herausgabeanspruch des Pfandgläubigers bei Mitbesitz	505
c)	Mehrheit von Pfandrechten an derselben Sache	506
d)	Gewerbliches Pfand	506
e)	Verkaufsabwicklung bei nicht gewerblichem Pfand	507
aa)	Androhung	507
bb)	Öffentliche Versteigerung, freihändiger Verkauf	508
cc)	Weitere Verfahrensregeln	509
f)	Abweichende Vereinbarungen	511
3.	Verkauf nach ZPO-Regeln	512
4.	Eigentumsvermutung	513
5.	Sonderfälle: Schiffshypothek, Registerpfandrecht an Luftfahrzeugen, Inventarpfandrecht	513
6.	Wirkungen der Pfandveräußerung	515
a)	Eigentum an der Pfandsache	515
aa)	Rechtmäßige Veräußerung	515
bb)	Rechtswidrige Veräußerung	515
b)	Eigentum am Erlös	517
aa)	Rechtmäßige Veräußerung	517
bb)	Rechtswidrige Veräußerung	518
§ 11	Sicherungseigentum (<i>Martin Richter, Judith Wittig</i>)	521
	Inhaltsübersicht	521
I.	Begriff	522
1.	Allgemeines	522
2.	Rechtsstellung des Sicherungsnehmers	524
II.	Sicherungsmittel	525
1.	Allgemeines	525
2.	Dinglicher Tatbestand	527
a)	Besitzverschaffung	528
aa)	Unmittelbarer Besitz	529
bb)	Mittelbarer Besitz	531
	(1) Besitzmittlungsverhältnis mittels antizipierten Besitzkonstituts	531
	(2) Abtretung des Herausgabeanspruchs	533

(3) Einräumung des mittelbaren „qualifizierten“ Mitbesitzes	535
(4) Übergabe mittels Traditionspapier	536
b) Individualisierung – Bestimmtheit	537
aa) Allgemeines	537
bb) Merkmal	544
cc) Markierung	544
dd) Raumsicherung	545
ee) Bruchteilsübereignung	548
ff) Warenlager mit wechselndem Bestand	549
gg) Importsicherungsvertrag	551
hh) Exportsicherungsvertrag	556
3. Hindernisse und Beeinträchtigung für eine Sicherungsübereignung (gutgläubiger Erwerb)	557
a) Gutgläubiger Erwerb	557
aa) Allgemeines	557
bb) Gutgläubiger Erwerb bei unmittelbarem Besitz des Sicherungsnehmers	561
cc) Gutgläubiger Erwerb bei Besitzkonstitut	561
dd) Gutgläubiger Erwerb bei Abtretung des Herausgabeanspruchs	562
ee) Lastenfreie Sicherungsübereignung von Vorbehaltsware – Anwartschaftsrecht	563
ff) Freistellung durch Berechtigten	567
gg) Guter Glaube an die Verfügungsmacht	568
b) Substanzverlust und Veräußerung im ordentlichen Geschäftsgang	568
aa) Verbrauch oder Veräußerung	568
bb) Verbindung mit Grundstück zum wesentlichen Bestandteil	570
cc) Vermischung, Verbindung	571
dd) Verarbeitung	573
III. Gesicherte Forderung	575
IV. Beiderseitige Rechte und Pflichten	576
1. Vertragswidrige Verfügungen des Sicherungsnehmers/Sorgfaltspflichten des Sicherungsgebers	576
2. Selbsthilfe	577
3. Vertragswidrige Verfügungen des Sicherungsgebers	577
4. Geheimhaltung	579
5. Versicherung	579
V. Beendigung	581
VI. Besondere Aspekte der Sicherungsübereignung	584
1. Mantelsicherungsübereignung	584
2. Treuhänder als Sicherungsnehmer/Sicherheitenpool	585
3. Factoring/Forfaitierung	589

4.	Kraftfahrzeuge	590
5.	Scheinbestandteile/Gebäude	593
	a) Allgemeines	593
	b) Windkraftanlagen	596
	c) Photovoltaikanlagen	598
6.	Gefährliche Sicherungsgüter	600
	a) Kriegswaffen/Dual-Use-Güter	600
	b) Sonstige Waffen, insbesondere Jagd- und Sportwaffen	601
	c) Munition und pyrotechnische Gegenstände	602
	d) Arzneimittel/Betäubungsmittel	602
	e) Chemikalien	603
7.	Tiere	604
8.	Sicherungsrechte an Booten und Schiffen, Hausbooten und schwimmenden Häusern	605
9.	Sicherungsübereignung von Flugzeugen, Flugzeugtriebwerken und Drohnen	607
10.	Franchise	608
11.	Übereignung unpfändbarer Gegenstände	609
12.	Zwangsvollstreckung und Insolvenz	610
	a) Einzelzwangsvollstreckung	610
	b) Insolvenz	611
Anhang 1 zu § 11 Sicherungseigentum (Martin Richter, Judith Wittig)		613
	Formular „Sicherungsübereignung einzelner Sachen“	613
	Erläuterungen zum Formular „Sicherungsübereignung einzelner Sachen“	615
I.	Vorbemerkungen zur Sicherungsübereignung einzelner Sachen	615
II.	Anmerkungen zu den einzelnen Regelungen des Sicherungsübereignungsvertrags	616
	1. Gegenstand der Sicherungsübereignung	616
	2. Übertragung von Eigentum, Miteigentum, Anwartschaftsrecht	617
	3. Übergabeersatz	617
	4. Sicherungszweck	617
	5. Ablösung von Eigentumsvorbehalten	619
	6. Versicherung des Sicherungsguts	620
	7. Gesetzliche Pfandrechte Dritter	620
	8. Informationspflichten des Sicherungsgebers	621
	9. Prüfungsrecht der Bank	621
	10. Herausgabe des Sicherungsguts an die Bank	621
	11. Verwertungsrecht der Bank	622
Anhang 2 zu § 11 Sicherungseigentum (Martin Richter, Judith Wittig)		625
	Formular „Raumsicherungsübereignung“	625

Erläuterungen zum Formular „Raumsicherungs- übereignung“	628
I. Vorbemerkungen zum Raumsicherungsübereig- nungsvertrag	628
II. Anmerkungen zu den einzelnen Regelungen des Raumssicherungsübereignungsvertrags	628
1. Gegenstand der Sicherungsübereignung	629
2. Übertragung von Eigentum, Miteigentum, Anwartschaftsrecht	630
3. Sicherungszweck	631
4. Bestandslisten	632
5. Verfügung über das Sicherungsgut	632
6. Ablösung von Eigentumsvorbehalten	633
7. Behandlung und Kennzeichnung des Sicherungsguts	633
8. Versicherung des Sicherungsguts	633
9. Gesetzliche Pfandrechte Dritter	634
10. Informationspflichten des Sicherungsgebers	635
11. Prüfungsrecht der Bank	635
12. Herausgabe des Sicherungsguts an die Bank	635
13. Verwertungsrecht der Bank	636
14. Rückübertragung, Sicherheitenfreigabe	637
15. Bewertung des Sicherungsguts	637
16. Verarbeitungsbefugnis	637
§ 12 Verpfändung von Rechten als Sicherungsmittel (Gesa Apel)	639
Inhaltsübersicht	639
I. Rechtsinhalt	640
II. Wirtschaftliche Bedeutung	640
III. Verpfändbare Rechte	641
1. Allgemeines	641
2. Künftige Rechte	641
3. Übertragbarkeit	642
a) Inhaltsänderung (§ 399 Alt. 1 BGB)	642
b) Abtretungsverbot (§ 399 Alt. 2 BGB)	643
c) Unpfändbarkeit (§ 400 BGB)	643
4. Gesetzliches Verbot	644
IV. Sicherungsvertrag	644
V. Bestellung des Pfandrechts	645
1. Allgemeines	645
2. Ausnahmen vom AGB-Pfandrecht der Kreditinstitute	649
a) Zweckbindung	649
b) Bestimmte Wertpapiere	650
c) Abbedingung	650

VI. Einzelne Rechte	651
1. Forderungen	651
a) Allgemeines	651
b) Erstreckung auf Nebenrechte	652
c) Erstreckung auf Zinsen	652
d) Einzelfälle	653
aa) Kundenforderungen aus der Geschäfts- verbindung mit Kreditinstituten	653
bb) Versicherungsforderungen	655
cc) Hypothekenforderungen, durch Schiffshypothek oder Registerpfandrecht an Luftfahrzeugen gesicherte Forderungen	655
dd) Grund- und Rentenschulden	657
ee) Einlageforderungen	658
ff) Steuerforderungen,	658
gg) Schuldbuchforderungen	659
hh) Auflassungsanspruch	659
2. Anwartschaftsrecht des Auflassungsempfängers	659
3. Gesellschaftsanteile	660
a) Kapitalgesellschaften	660
aa) GmbH	660
bb) Aktiengesellschaft	665
cc) Genossenschaft	665
b) Personengesellschaften	665
aa) BGB-Gesellschaft	665
bb) OHG, KG, Partnerschaftsgesellschaft, stille Gesellschaft	667
c) Auswirkung der Umwandlung von Gesellschaften auf bestehende Pfandrechte	667
4. Wertpapiere	668
a) Namenspapiere	669
b) Orderpapiere	669
aa) Verpfändung nach § 1292 BGB	669
bb) Verpfändung nach § 1274 BGB	672
c) Inhaberpapiere	673
d) Besonderheiten bei Wertpapieren in Dritt- bzw. Sammelverwahrung	673
e) Unregelmäßige Verpfändung	677
f) Besonderheiten bei elektronischen Wertpapieren	677
aa) Verpfändung elektronischer Wertpapiere in Einzeleintragung	678
bb) Verpfändung elektronischer Wertpapiere in Sammeleintragung	679
cc) Verpfändung der digital verkörperten Mitgliedschaft	679

g)	Umfang des Pfandrechts an Wertpapieren	680
aa)	Mitgliedschafts- und Gewinnbezugsrechte	680
bb)	Erstreckung auf Zins-, Renten- und Gewinn- anteilscheine	681
h)	Pflichten des Pfandgläubigers	682
i)	Ausnahmen vom AGB-Pfandrecht der Kreditinstitute an Wertpapieren	683
aa)	Im Ausland verwahrte Wertpapiere	683
bb)	Eigene Aktien und Genussscheine, verbriefte nachrangige Verbindlichkeiten des Kreditinstituts	684
5.	Immaterialgüterrechte	684
a)	Nationale Schutzrechte	684
b)	Europäische Schutzrechte	685
6.	Erbrecht	686
7.	Schiffspart	686
VII.	Gesicherte Forderung	687
VIII.	Rechtsstellung des Schuldners eines verpfändeten Leistungsanspruchs	687
IX.	Aufhebung oder Änderung des verpfändeten Rechts	688
1.	Allgemeines	688
2.	Einzelfälle	688
a)	Mietzinsen	688
b)	Erbanteile	689
c)	Gesellschaftsanteile	689
d)	Anwartschaftsrecht	691
X.	Beendigung des Pfandrechts	691
XI.	Verwertung des Pfandes	692
1.	Überblick	692
2.	Befriedigung durch Zwangsvollstreckung	692
3.	Verwertung von Forderungen	693
a)	Vor Pfandreife	693
b)	Nach Pfandreife	694
aa)	Einziehungsrecht des Pfandgläubigers	694
bb)	Abtretung von Geldforderungen an Zahlungs statt	696
cc)	Ausschluss anderer Verfügungen des Pfandgläubigers	696
c)	Abweichende Vereinbarungen	696
d)	Einziehungsrecht bei mehrfacher Verpfändung	698
e)	Wirkung der Leistung des Schuldners	699
aa)	Leistung einer schuldnerfremden Sache	699
bb)	Nichtbestehen des Pfandrechts	700
cc)	Leistung entgegen §§ 1281, 1282 BGB	700

dd) Besitzübertragung bei Leistung beweglicher Sachen	700
ee) Sonderregelung bei Geldforderungen	701
f) Verwertung des Ersatzpfandrechts	703
4. Einzelfälle	703
a) Auflassungsanspruch, Anwartschaftsrecht aus der Auflassung	703
aa) Verpfändung des Eigentumsverschaffungsanspruchs vor Erklärung der Auflassung	703
bb) Verpfändung des Eigentumsverschaffungsanspruchs und des Anwartschaftsrechts des Auflassungsempfängers nach vollzogener Auflassung	705
b) Grund- und Rentenschulden	705
c) Gesellschaftsanteile	706
d) Wertpapiere	706
aa) Einziehung der verbrieften Forderung	706
bb) Verkauf des Papiers	707
cc) Verwertung im Wege der Zwangsvollstreckung	708
dd) Verwertung in der Insolvenz des Verpfänders	709
e) Erbengemeinschaft	709
Anhang zu § 12 Verpfändung von Rechten (Judith Wittig)	711
Formular „Verpfändung von Sparguthaben, Sparbriefen, Festgeldern, Wertpapieren“	711
Erläuterungen zum Formular „Verpfändung von Sparguthaben, Sparbriefen, Festgeldern, Wertpapieren“	714
I. Vorbemerkungen zur Verpfändung von Sparguthaben, Sparbriefen, Festgeldern, Wertpapieren	714
II. Anmerkungen zu den Bedingungen der Verpfändung	715
§ 13 Sicherungsabtretung (Judith Wittig)	721
Inhaltsübersicht	721
I. Begriff	722
1. Allgemeines	722
2. Rechtsstellung des Sicherungsgebers	724
II. Sicherungsmittel	726
1. Allgemeines	726
a) Abtretung von Forderungen aus Kauf- und Lieferungsverträgen	727
b) Abtretung von laufenden und künftigen Zinsen	728
c) Abtretung von Teilforderungen	729
d) Abtretung von Versicherungsansprüchen	729

e)	Abtretung der Rechte aus einem Bausparvertrag	733
f)	Abtretung der Rechte aus Bankguthaben und Kontokorrent	734
g)	Wechselindossierung	735
h)	Übertragung immaterieller Rechte	736
i)	Abtretung von Ansprüchen, die einem Geheimhaltungspflicht oder dem Bankgeheimnis unterliegen	737
j)	Übertragung von Gesellschaftsanteilen	739
k)	Abtretung von Steuererstattungsansprüchen	741
l)	Abtretung von Lohn- und Gehaltsansprüchen	743
m)	Abtretung von Miet- und Pachtzinsforderungen aus Vermietung/Verpachtung unbeweglicher Gegenstände	745
n)	Hypothek und Grundschuld	745
2.	Individualisierung – Bestimmbarkeit des Sicherungsmittels	746
3.	Hindernisse für die Sicherungsabtretung	751
a)	Verfügung des Sicherungsgebers über fremde oder belastete Rechte	751
b)	Relative oder absolute Verfügungsverbote	753
c)	Einwendungen	756
aa)	Einwendungsverzicht und Anerkenntnis durch den Drittschuldner	757
bb)	Einwendungen bei Inhaber- und Orderpapieren	758
cc)	Gebuchte Rechte	760
d)	Gutgläubiger Erwerb	761
aa)	von Rechten	761
bb)	von Inhaber- oder Orderpapieren	762
cc)	von depotrechtlich geschützten Wertpapieren	763
III.	Abtretungs- und Übertragungsvertrag	764
1.	Allgemeines	764
2.	Übertragung von Einzugspapieren nach AGB/Banken und Sparkassen	764
3.	Form	765
4.	Zusätzlicher Rechtsakt	767
a)	Rechte	767
b)	Gebuchte Rechte	771
5.	Stille Zession und Einziehungsermächtigung	771
a)	Stille Zession	771
b)	offene Zession	775
aa)	Form und Wirkung der Anzeige an dem Drittschuldner	775
bb)	Einwendungen des Drittschuldners	776

6.	Mantelzession	778
7.	Globalzession	780
a)	Zeitpunkt des Übergangs der Forderungen und Individualisierung	780
b)	Wahrung der Interessen des Sicherungsgebers	782
c)	Kollision von Globalzession mit der Vorausabtretung beim verlängerten Eigentumsvorbehalt	783
IV.	Gesicherte Forderung	786
V.	Beiderseitige Rechte und Pflichten	787
VI.	Verwertung und Rückübertragung	790
1.	Verwertung außerhalb einer Insolvenz	790
2.	Rückübertragung	794
VII.	Der Forderungsrücktritt	795
Anhang 1 zu § 13 Sicherungsabtretung (Judith Wittig)		797
	Formular „Abtretung einzelner Forderungen“	797
	Erläuterungen zum Formular „Abtretung einzelner Forderungen“	800
I.	Vorbemerkungen zur Abtretung einer Forderung	800
II.	Anmerkungen zu den einzelnen Bedingungen	800
1.	Gegenstand der Abtretung	801
2.	Sicherungszweck	801
3.	Übergang von Rechten und Sicherheiten	803
4.	Blankobenachrichtigungsschreiben	804
5.	Einziehung der Forderungen durch den Sicherungsgeber, Abtretung der Ansprüche aus Schecks und Wechseln	804
6.	Informationspflichten des Sicherungsgebers	805
7.	Einsichts- und Prüfungsrecht der Bank	805
8.	Sicherheitenfreigabe	805
Anhang 2 zu § 13 Sicherungsabtretung (Judith Wittig)		807
	Formular „Globalzessionsvertrag“	807
	Erläuterungen zum Formular „Globalzessionsvertrag“	809
I.	Vorbemerkungen zum Globalzessionsvertrag	809
II.	Anmerkungen zu den einzelnen Bedingungen	809
1.	Gegenstand der Abtretung	810
2.	Zeitpunkt des Übergangs der Forderungen	810
3.	Sicherungszweck	811
4.	Bestandslisten	812
5.	Abtretung von Ansprüchen aus einem Kontokorrentverhältnis	813
6.	Übergang von Rechten und Sicherheiten	813
7.	Blankobenachrichtigungsschreiben	813
8.	Verkauf der Forderung	814
9.	Einziehung der Forderungen durch den Sicherungsgeber, Abtretung der Ansprüche aus Schecks und Wechseln	814

10. Rechte der Vorbehaltslieferanten	815
11. Informationspflichten des Sicherungsgebers	815
12. Einsichts- und Prüfungsrecht der Bank	815
13. Sicherheitenfreigabe	816
14. Bewertung der Forderungen	816
§ 14 Kreditsicherung und Leasing-Refinanzierung	
<i>(Bernd Peters)</i>	817
Inhaltsübersicht	817
A. Wirtschaftliche Bedeutung des Mobilienleasings	818
B. Typische Sicherheiten für die Darlehensgewährung	818
I. Abtretung der Leasingforderungen	819
1. Leasingraten der Grundleasingzeit	820
2. Leasingraten der automatisch sich anschließenden Verlängerungszeit	820
3. Forderungen aus einer Verlängerungsoption	820
4. Forderungen aus einer Kaufoption	820
5. Forderungen aus einem Andienungsrecht	821
6. Abschlusszahlungen/erhöhte Letztmieten	821
II. Sicherungsübereignung des Leasingobjektes	821
III. Zu beachtende Besonderheiten	821
1. Bei der Abtretung der Leasingforderungen	821
a) Keine Gefährdung der Ansprüche aus dem Leasingvertrag	821
aa) Verbraucherleasing/-darlehensrecht	822
bb) Rücktritt wegen Mängeln des Leasingobjektes	849
cc) Verlust/Untergang des Leasingobjektes	855
b) Insolvenzfestigkeit	856
aa) Sicherungsübertragung der Leasinggegenstände als Voraussetzung des § 108 Abs. 1 Satz 2 InsO	859
bb) Zusammenhang zwischen Finanzierung und Sicherungsübertragung als Voraussetzung des § 108 Abs. 1 Satz 2 InsO	859
cc) Weitere Erfordernisse?	864
c) Umsatzsteuer-Haftung	880
2. Bei der Sicherungsübereignung des Leasingobjektes	881
a) Kein Fehlschlagen der Sicherungsübereignung	881
b) Mängel des Leasingobjektes	882
C. Refinanzierung über regresslosen Forderungsverkauf	885
I. Ausgestaltung der Sicherungsabreden	886
II. Umsatzsteuer-Haftung	888
§ 15 Grundpfandrechte (Michael Liepin)	891
Inhaltsübersicht	891

I.	Grundlagen	893
1.	Allgemeines	893
2.	Sicherungsgrundschuld	893
a)	Allgemeines	893
b)	Abgrenzungen	895
II.	Sicherungsmittel	895
1.	Belastungsgegenstände	895
2.	Haftungssumme	897
3.	Umfang der Haftung	897
a)	Zubehör	898
aa)	Zubehöreigenschaft	898
bb)	Haftendes Zubehör	901
cc)	Enthftung	902
b)	Bestandteile und Erzeugnisse	905
aa)	Bestandteile	905
bb)	Einzelfragen	908
cc)	Erzeugnisse	910
dd)	Haftungsverband	910
ee)	Enthftung	911
c)	Forderungen aus Vermietung und Verpachtung und ähnliche Ansprüche	911
d)	Versicherungsforderungen	914
III.	Entstehung der Grundschuld	916
1.	Grundschuld allgemein	916
a)	Einigung	916
aa)	Allgemeines	916
bb)	Vertretung	918
cc)	Verbraucherschutz	919
dd)	Bindung an die Einigung	919
ee)	Andere Erklärungen	920
b)	Eintragung	921
aa)	Allgemeine Voraussetzungen der Eintragung	921
bb)	Verfügungsbefugnis des Bewilligenden	922
c)	Nebenleistungen	923
d)	Rang der Grundschuld	925
e)	Briefgrundschuld	927
aa)	Erwerbsvoraussetzungen für Briefgrundschuld	927
bb)	Inhalt des Briefs	928
cc)	Vor- und Nachteile der Briefgrundschuld	928
f)	Veränderung der ursprünglichen Grundschuldbe- dingungen	928
aa)	Allgemein	928
bb)	Umwandlung Hypothek in Grundschuld	929

2.	Gesamtgrundschuld	929
a)	Inhalt	930
b)	Entstehung	930
c)	Gesamtgrundschuld bei Bauträgerfinanzierung	932
3.	Eigentümergrundschuld	933
4.	Gutgläubiger Erwerb bei Bestellung einer Grundschuld	934
5.	Schutzmaßnahmen und Schadensersatzansprüche für Grundschuldgläubiger	935
IV.	Übertragung Grundschuld	936
1.	Allgemeines	936
2.	Briefgrundschuld	936
a)	Anforderungen an die Abtretungserklärung	937
b)	Teilabtretung einer Briefgrundschuld	938
3.	Buchgrundschuld	939
4.	Treuhand und Grundschuld	940
a)	Allgemeines	940
b)	Treuhandkonstruktionen	940
c)	Refinanzierungsregister	941
5.	Rechtsstellung des Erwerbers	942
a)	Allgemein	942
b)	Gutgläubiger Erwerb bereits bestellter Grundschuld	943
aa)	Gutgläubiger Erwerb vom Nichtbe- rechtigten	943
bb)	Gutgläubiger, einredefreier Erwerb	944
cc)	Sicherungsgrundschuld	945
6.	Übergang der gesicherten Forderung	947
V.	Erlöschen der Grundschuld	947
1.	Aufgabeerklärung und Löschung	948
2.	Urkunden zur Löschung: löschungsfähige Quittung	948
3.	Ansprüche auf Löschung der Grundschuld	949
a)	Gesetzliche Lösungsansprüche	949
aa)	Sicherung der Ansprüche	950
bb)	Einzelheiten	950
b)	Vertragliche und sonstige Lösungsansprüche	952
VI.	Sicherungsvertrag, Nebenabreden und Verjährung	953
1.	Gesicherte Forderung, insb. Zweckabrede	953
a)	Allgemeines	954
b)	Gesicherte Forderungen	956
aa)	Weite Zweckerklärung	956
bb)	Enge Zweckerklärung	958
cc)	Sonstige Zweckabreden	958
c)	Änderungen der Sicherungsabrede	959
d)	Darlegungs- und Beweislast	960
2.	Sicherungsmöglichkeit bei Auszahlung vor Eintragung	961

3.	Wechselwirkungen zwischen gesicherter Forderung und Grundschild	961
a)	Zweckbindung der Grundschild	961
b)	Nichtigkeit der gesicherten Forderung	962
c)	Sittenwidrigkeit der Grundschild	962
aa)	Übersicherung durch Grundschild	962
bb)	Überhöhte Grundschildzinsen und sonstige Nebenleistungen	963
d)	Geltendmachung der Grundschild	964
4.	Fälligkeitsabreden und Kündigung der Grundschild	965
5.	Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung gemäß § 800 ZPO	966
6.	Übernahme der persönlichen Haftung	970
a)	Zustandekommen, Inhalt und Wirksamkeit	970
b)	Rechtsgrund und Verpflichtung zur Abgabe eines Schuldversprechens	973
c)	Übertragung	974
d)	Verhältnis zur Grundschild	974
e)	Erlöschen und Rückgewähr	975
f)	Unterwerfung unter die Zwangsvollstreckung	976
g)	Beweislast	976
7.	Rückgewähr der Grundschild	977
a)	Anspruch auf Rückgewähr	977
aa)	Allgemein	977
bb)	Gläubiger und Schuldner	979
cc)	Inhalt	980
dd)	Ersatzansprüche bei Untergang des Rückgewähranspruchs	982
ee)	Beweislast	983
b)	Abtretung des Anspruchs auf Rückgewähr	984
aa)	Allgemeines	984
bb)	Sicherungszweck	986
cc)	Abtretung der Ansprüche auf Rückgewähr der Rückgewähransprüche	987
c)	Verhältnis zu anderen Ansprüchen	987
8.	Sonstige Abreden	988
a)	Verzicht auf Brief- und Urkundenvorlage	988
b)	Bevollmächtigung	988
c)	Verpflichtung zur Versicherung von Grundbesitz und Zubehör	989
9.	Verjährung	989
a)	Grundschild	989
b)	Abstraktes Schuldversprechen	990

VII. Zahlungen, Auswirkungen und Ausgleichsansprüche	991
1. Tilgungswirkung	991
a) Vereinbarungen	991
b) Anrechnung ohne Vereinbarung	993
2. Auswirkungen einer Zahlung auf die Grundsschuld	994
3. Ausgleichsansprüche	997
a) Ausgleichsansprüche gegen den Schuldner	997
b) Ausgleichsansprüche bei mehreren Sicherungsgebern	997
VIII. Hypothek	999
1. Arten der Hypothek	999
2. Besonderheiten der Hypothek	999
Anhang 1 zu § 15 Grundpfandrechte (<i>Judith Wittig</i>)	1001
Formular „Bestellung einer Buchgrundsschuld (ohne Brief) mit Übernahme der persönlichen Haftung und Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung“	1001
Erläuterungen zum Formular „Bestellung einer Buchgrundsschuld mit Übernahme der persönlichen Haftung und Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvoll- streckung“	1004
I. Vorbemerkungen zum Formular „Bestellung einer Buchgrundsschuld“	1004
II. Anmerkungen zu den Bedingungen des Grundschuldbestellungsformulars	1005
Anhang 2 zu § 15 Grundpfandrechte (<i>Judith Wittig</i>)	1013
Formular „Sicherungsvereinbarung für eine Grundsschuld mit Abtretung der Rückgewähransprüche“	1013
Erläuterungen zum Formular „Sicherungsvereinbarung für eine Grundsschuld mit Abtretung der Rückgewähr- ansprüche“	1016
I. Vorbemerkungen zur „Sicherungsvereinbarung für eine Grundsschuld“	1016
II. Anmerkungen zu den Bedingungen in der Sicherungsvereinbarung	1017
1. Sicherungszweck	1017
2. Erweiterung des Haftungsumfangs durch Abtretung der Ansprüche auf Rückgewähr vor- und gleichrangiger Grundschulden	1019
3. Sicherheitenfreigabe	1020
4. Versicherung des belasteten Grundbesitzes	1020
5. Auskünfte und Besichtigung	1021
6. Anrechnung von Zahlungen	1021

§ 16 Kreditsicherung und Gesellschaftsrecht	
<i>(Markus Gehrlein)</i>	1023
Inhaltsübersicht	1023
I. Einleitung	1026
II. Aussonderungs- und Verwertungssperre im Eröffnungsverfahren	1026
1. Nutzungsausfallentschädigung	1026
2. Wertersatz	1026
3. Einziehungs- und Verwertungsrechte des Schuldners	1027
4. Vorläufiger Verwalter	1028
a) Zustimmungsvorbehalt	1028
b) Einzelermächtigung	1029
5. Unberechtigter Forderungseinzug durch Schuldner im Eröffnungsverfahren	1029
a) Einziehungsbefugnis des vorläufigen Insolvenz- verwalters	1029
b) Erhebung von Schadensersatzansprüchen durch vorläufigen Verwalter	1030
c) Ansprüche der Gläubiger	1031
d) Schutz der Masse	1031
III. Absonderung und Aussonderung im eröffneten Verfahren	1032
1. Reichweite der Absonderung	1032
2. Ersatzaussonderung	1033
IV. Anfechtung der Rückführung von Gesellschafterdarlehen (§ 135 Abs. 1 bis 3 InsO)	1034
1. Legitimationsgrundlage der gesetzlichen Regelung	1034
2. Befriedigung eines Darlehens (§ 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO)	1036
a) Entbehrlichkeit einer Krise	1036
b) Rechtshandlung	1036
c) Gläubigerbenachteiligung	1037
aa) Heilung einer Gläubigerbenachteiligung	1037
bb) Kontokorrent	1038
d) Gesellschafterdarlehen	1039
aa) Grundsatz	1039
bb) Abtretung von Darlehen oder Beteiligung	1040
(1) Anfechtung gegenüber Zessionar	1040
(2) Anfechtung gegenüber Zedenten	1040
3. Gesellschaftergleiche Personen	1041
a) Treuhand	1041
b) Einräumung von Gesellschafterrechten	1042
c) Mittelbarer Gesellschafter	1044
d) Verbundene Unternehmen	1044
e) Abgabe der Beteiligung	1046
f) Atypischer stiller Gesellschafter	1047

g)	Darlehen naher Angehöriger	1047
aa)	Grundsatz: Keine gesellschaftergleiche Forderung	1047
bb)	Kein Anscheinsbeweis für Strohmangeschäft	1048
h)	Anwendbarkeit auf GmbH & Co KG	1048
i)	Kleinbeteiligtenprivileg	1049
aa)	Maßgeblicher Zeitraum	1049
bb)	Schwellenwert von exakt 10 %	1050
cc)	Koordiniertes Zusammenwirken	1051
4.	Befriedigung einer einem Gesellschafterdarlehen gleichgestellten Forderung	1051
a)	Grundsatz	1051
b)	Erstattung einer stillen Beteiligung	1052
c)	Schuldverschreibung	1053
d)	Regressanspruch nach Befriedigung eines Gesellschaftsgläubigers	1053
e)	Bereicherungsanspruch	1053
f)	Nutzungsentgelt	1054
g)	Darlehenszinsen	1054
h)	Stundung oder Stehenlassen einer Forderung über mehr als drei Monate	1055
i)	Altersruhegeld	1056
j)	Stehen gelassene Gewinne	1057
aa)	Zuschreibung eines festgestellten Gewinns auf Gesellschafterkonto	1057
bb)	Zahlung aus Gewinnvortrag	1058
k)	Lizenzgebühren	1060
5.	Anfechtung der Besicherung eines Gesellschafterdarlehens (§ 135 Abs. 1 Nr. 1 InsO)	1061
a)	Erfasste Sicherungen	1061
b)	Keine Sperrwirkung des § 135 Abs. 1 Nr. 2 InsO	1061
aa)	Sicherungsnehmer	1062
bb)	Feststellung der Forderung im Rang des § 38 InsO	1062
cc)	Sicherung von Regressforderungen erfasst	1062
c)	Sicherung von Zinsen	1063
d)	Bargeschäftsprivileg unanwendbar	1064
6.	Freiwerden einer für ein Drittdarlehen gegebenen Gesellschaftersicherung (§ 135 Abs. 2 InsO)	1065
a)	Anfechtungsgegner	1065
b)	Rechtshandlung	1065
aa)	Grundsatz	1065
bb)	Zeitpunkt	1067
c)	Erwerb der Gesellschafterstellung nach Sicherheitengewährung	1067
d)	Gläubigerbenachteiligung	1067

	e) Leasing	1070
	f) Höhe der Forderung	1071
	g) Verjährung	1072
7.	Nutzungsanspruch der insolventen Gesellschaft gegen Gesellschafter (§ 135 Abs. 3 InsO)	1073
	a) Kein Anspruch auf unentgeltliche Nutzungsüberlassung	1073
	b) Aussonderungssperre	1074
	aa) Anspruch auch gegen verbundene Gesellschaften	1074
	bb) Voraussetzungen des Nutzungsanspruchs	1075
	cc) Berechnung der Vergütung	1076
8.	Gewährung eines Gesellschafterdarlehens keine unentgeltliche Leistung	1076
9.	Übergangsrecht	1077
	a) Anwendbarkeit der §§ 30, 31 GmbHG aF bei Insolvenzeröffnung	1077
	b) Keine Anwendung der §§ 30, 31 GmbHG aF außerhalb einer Insolvenz	1078
V.	Darlehensgewährung von Gesellschaft an Gesellschafter	1078
1.	Gesetzgeberische Intention	1078
2.	Folgerungen	1079
3.	Darlehensvergabe an Gesellschafter	1079
	a) Grundsatz	1079
	b) Cash-pooling	1080
4.	Sicherheitengewährung zugunsten des Gesellschafters	1080
	a) Sicherung einer Forderung des Gesellschafters gegen einen Dritten	1081
	b) Sicherung einer Forderung eines Dritten gegen den Gesellschafter	1081
	c) Eintritt einer Unterbilanz	1081
5.	Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrag	1082
VI.	Sicherung und Kapitalaufbringung	1082
1.	Sacheinlage	1082
	a) Gegenstand der Sacheinlage	1082
	b) Wegfall der Geschäftsgrundlage	1083
	c) Schadensersatz	1083
2.	Verdeckte Sacheinlage	1084
3.	Hin- und Herzahlung	1085
4.	Verpfändung einer Kommanditbeteiligung	1085
	a) Übertragung der Beteiligung	1085
	b) Verpfändung der Beteiligung	1086
VII.	Kapitalerhaltung	1086
1.	GmbH	1087
2.	AG	1088

VIII. Rangrücktritt	1088
1. Inhalt der Erklärung	1089
a) Früheres Recht	1089
b) Heutiges Recht	1089
2. Rechtsfolge eines Rangrücktritts	1090
a) Schuldänderungsvertrag	1090
b) Vertrag zugunsten Dritter	1091
3. Anfechtbarkeit einer trotz eines Rangrücktritts geleisteten Zahlung	1091
a) Unentgeltlichkeit	1092
b) Rechtswirkungen eines Rangrücktritts	1092
4. Formularmäßige Vereinbarung eines Nachrangkredits	1092
a) Rechtsfolge einer Nachrangabrede	1092
b) Risiken eines Nachrangdarlehens	1093
c) Unwirksamkeit formularmäßiger Nachrangklausel	1093
aa) Anforderungen des Transparenzgebots	1093
bb) Umsetzung im Einzelfall	1094
d) Zahlung auf Nachrangdarlehen	1095
5. Haftung einer Komplementär – GmbH für wirksam vereinbartes Nachrangdarlehen	1095
IX. Patronatserklärung	1096
1. Unterscheidung von harter und weicher Patronatserklärung	1096
2. Unterscheidung zwischen interner und externer Patronatserklärung	1096
3. Haftung des Patrons bei harter Patronatserklärung	1096
4. Kündigung	1097
X. Existenzvernichtungshaftung und Firmenbestattung	1097
1. Grundsatz	1097
2. Erhöhung der Verbindlichkeiten	1098
3. Firmenbestattung	1100
a) Haftung der Übernehmer	1100
b) Unzulässigkeit eines Insolvenzantrags	1101
XI. Insolvenzverschleppungshaftung	1102
1. Beendigung des Amtes vor Vertragsschluss	1102
2. Keine Haftung des Geschäftsführers bei Verletzung der Antragspflicht gegenüber Gläubigern einer anderen Gesellschaft	1103
3. Haftung wegen Betreibens eines Schneeballsystems	1104
XII. Schuldbeitritt eines Geschäftsführers	1104
XIII. Haftung von Kreditgebern aus § 826 BGB	1105
1. Von der Rechtsprechung entwickelte Fallgruppen	1105
2. Spezialfall der Sanierung	1106
3. Spezialfall der Gläubigergefährdung	1107
4. Spezialfall der Insolvenzverschleppung	1108

XIV. Einstufung kapitalmarktrechtlicher Schadensersatzansprüche in der Insolvenz (Wirecard-Urteil des Bundesgerichtshofs)	1108
a) Verteilungs- und Rangordnung der InsO	1109
b) Unterscheidung von Fremd- und Eigenkapitalgebern	1109
c) Kapitalmarktrechtliche Schadensersatzansprüche keine Insolvenzforderungen im Sinne des § 38 InsO	1110
d) Entbehrlichkeit ausdrücklicher gesetzlicher Regelung	1111
e) Keine Kollision mit Steuerungswirkung kapitalmarktrechtlicher Schadensersatzansprüche	1111
f) Wertende Betrachtung	1112
aa) Anfechtbarkeit einer Befriedigung kapitalmarktrechtlicher Schadenersatzansprüche	1112
bb) Berücksichtigung kapitalmarktrechtlicher Schadenersatzansprüche in der Überschuldungsbilanz	1112
§ 17 Kreditsicherheiten im grenzüberschreitenden Verkehr, Rechtsangleichung und Harmonisierung (Ole Böger)	1115
Inhaltsübersicht	1115
I. Überblick	1115
II. Internationales Privatrecht	1118
1. Persönliche Sicherheiten	1118
a) Anwendbarkeit der Rom I-Verordnung	1118
b) Grundsatz der freien Rechtswahl	1118
c) Objektive Bestimmung des anwendbaren Rechts	1119
2. Dingliche Sicherheiten	1120
a) Sicherungsrechte an Sachen	1120
aa) <i>Lex rei sitae</i> als Grundregel des internationalen Sachenrechts	1120
bb) Praktische Auswirkungen auf die Bestellung und Ausübung von Sicherungsrechten an beweglichen Sachen	1121
b) Sicherungsrechte an Forderungen	1125
aa) Anwendbarkeit der Rom I-Verordnung	1125
bb) Verhältnis zwischen Zedent und Zessionar bzw. Sicherungsgeber und Pfandgläubiger	1125
cc) Verhältnis zum Drittschuldner der sicherungsabgetretenen bzw. verpfändeten Forderung	1126
dd) Verhältnis zu sonstigen Dritten	1128

III.	Rechtsangleichung und Harmonisierung	1133
1.	Transport- und andere Ausrüstungsgegenstände	1134
a)	Abkommen zu Sicherheiten an Seeschiffen	1134
b)	Genfer Abkommen über die internationale Anerkennung von Rechten an Luftfahrzeugen	1135
c)	Kapstadt-Konvention über internationale Sicherungsrechte an beweglicher Ausrüstung und ausrüstungsspezifische Protokolle	1136
aa)	Grundzüge des Mobiliarsicherheitenregimes der Kapstadt-Konvention	1138
bb)	Ausrüstungsspezifische Protokolle zur Kapstadt-Konvention	1143
2.	Reform der Mobiliarsicherheiten im Allgemeinen	1145
a)	Weltweite Bestrebungen	1145
aa)	UNCITRAL Legislative Guide und Model Law on Secured Transactions	1145
bb)	UNIDROIT-Instrumente zum Leasing	1147
b)	Europäische Union	1148
aa)	Zahlungsverzugsrichtlinie	1149
bb)	Finanzsicherheitenrichtlinie	1150
cc)	Draft Common Frame of Reference	1151
dd)	Kreditsicherheiten im Entwurf eines Code européen des affaires	1152
3.	Forderungen als Sicherungsgut	1153
a)	Überblick	1153
b)	UNIDROIT-Instrumente zum Factoring	1153
c)	UN-Abtretungsübereinkommen	1155
4.	Grundstücke als Sicherungsgut	1156
§ 18	Ordnungsrechtliche Haftung des Sicherungsnehmers (Béla Knof)	1159
	Inhaltsübersicht	1159
I.	Praxisrelevanz	1159
II.	Zugriff auf den gesicherten Kreditgeber in der Insolvenz des Kreditnehmers	1160
III.	Lender liability und Durchgriffshaftung auf gesicherte Kreditgeber	1162
IV.	Haftung des Sicherungseigentümers	1164
V.	Haftung des Grundpfandgläubigers	1166
1.	Keine direkte ordnungsrechtliche Verantwort- lichkeit	1166
2.	Abschöpfen von Wertvorteilen bei einer Sanierung von Umweltaltlasten	1166
3.	Rechtsschutz für Grundpfandgläubiger	1170
§ 19	Umsatzsteuer bei der Sicherheitenverwertung (Jan de Weerth)	1171
	Inhaltsübersicht	1171

I.	Verwertung von sicherungsübereigneten Gegenständen	1172
1.	Einführung	1172
2.	Verwertung beweglicher Gegenstände eines Unternehmers außerhalb eines Insolvenzverfahrens	1172
a)	Verwertung beweglicher Gegenstände eines Unternehmers außerhalb eines Insolvenzverfahrens als „Doppelumsatz“	1172
b)	Verwertung beweglicher Gegenstände eines Unternehmers außerhalb eines Insolvenzverfahrens als „Dreifachumsatz“	1174
3.	Verwertung beweglicher Gegenstände eines Unternehmers im vorläufigen Insolvenzverfahren	1176
4.	Verwertung beweglicher Gegenstände eines Unternehmers im eröffneten Insolvenzverfahren	1178
a)	Der Insolvenzverwalter ist im Besitz eines sicherungsübereigneten Gegenstandes und veräußert diesen an einen Erwerber	1178
b)	Der Insolvenzverwalter ist im Besitz eines sicherungsübereigneten Gegenstands und überlässt diesen der Bank zur Verwertung	1182
c)	Der Insolvenzverwalter ist im Besitz des sicherungsübereigneten Gegenstands und nutzt diesen	1184
d)	Der Insolvenzverwalter ist nicht im Besitz des sicherungsübereigneten Gegenstands, der Sicherungsnehmer verkauft den Gegenstand an einen Erwerber	1184
e)	Keine Besonderheiten bei Eigenverwaltung und Insolvenzplanverfahren	1186
5.	Verwertung beweglicher Gegenstände einer „Privatperson“ außerhalb eines Insolvenzverfahrens	1186
II.	Verwertung von Zessionen	1188
1.	Einführung	1188
2.	Überblick zu § 13c UStG	1188
III.	Umsatzsteuerliche Beurteilung insolvenzrechtlicher Kostenbeiträge	1191
IV.	Umsatzsteuer bei Verkauf zahlungsgestörter Forderungen	1192
V.	Umsatzsteuer beim Sicherheitenpool	1194
1.	Einführung	1194
2.	Der Pool als leistender Unternehmer im Rahmen der Sicherheitenverwertung?	1195
3.	Die umsatzsteuerliche Beurteilung von Leistungen des Poolführers	1196
§ 20	Eigentumsvorbehalt (<i>Ole Böger</i>)	1197
	Inhaltsübersicht	1197

I.	Begriff	1197
1.	Allgemeines	1197
2.	Rechtsstellung der beteiligten Parteien	1198
	a) Verkäufer	1198
	b) Käufer	1202
II.	Vereinbarung des Eigentumsvorbehalts	1203
1.	Vereinbarung in AGB	1204
	a) Wirksamkeit einer Abwehrklausel in den Einkaufsbedingungen des Käufers	1205
	b) Rechtsfolgen einer wirksamen Abwehrklausel	1206
2.	Nachträgliche Vereinbarung eines Eigentums- vorbehalts	1206
	a) Einvernehmliche Vereinbarung	1206
	b) Einseitige Vereinbarung	1207
III.	Verlängerungs- und Erweiterungsformen des Eigentumsvorbehalts	1209
1.	Erweiterungen in horizontaler Richtung	1209
	a) Kontokorrentvorbehalt	1210
	b) Konzernvorbehalt	1212
2.	Erweiterungen in vertikaler Richtung	1213
	a) Eigentumsvorbehalt mit Verarbei- tungsklausel/Verbindungsklausel	1213
	aa) Vertraglicher Ausschluss des § 950 BGB	1213
	bb) Vertragliche Festlegung des Begriffs „Hersteller“ (Verarbeitungsklausel)	1214
	cc) Antizipiertes Besitzkonstitut	1215
	dd) Problematik der Übersicherung	1216
	ee) Verbindungsklauseln	1218
	b) Verlängerter Eigentumsvorbehalt	1220
	aa) Inhalt des verlängerten Eigentums- vorbehalts	1220
	bb) Kollision von verlängertem Eigentums- vorbehalt mit einem Abtretungsverbot	1222
	cc) Kollision von verlängertem Eigentums- vorbehalt und Sicherungsglobalzession	1224
	(1) Sittenwidrigkeit aufgrund der Vertrags- bruchtheorie	1224
	(2) Sittenwidrigkeit aufgrund einer Übersicherung	1225
	dd) Kollision von verlängertem Eigentums- vorbehalt und Factoring	1227
	c) Weitergeleiteter Eigentumsvorbehalt	1229
	d) Nachgeschalteter Eigentumsvorbehalt	1229

IV. Untergang des Eigentumsvorbehalts	1230
1. Kaufpreiserfüllung und andere Beendigungstatbestände	1230
2. Rücktritt, § 449 Abs. 2 BGB	1230
a) Rücktrittsrecht	1230
b) Rückholrecht und Grundsatz „keine Rücknahme ohne Rücktritt“	1232
Literaturverzeichnis	1235
Stichwortverzeichnis	1249

Bearbeiterverzeichnis

Gesa Apel	§ 12
Dr. Ole Böger , LL. M. (London)	§§ 17, 20
Dr. Stefanie Filz	§ 9
Prof. Dr. Markus Gehrlein	§ 16
Prof. Dr. Daniel Graewe , LL. M.	§ 3
Prof. Dr. Michael Hippeli , LL. M., MBA	§ 8
Dr. Georg Hüllen	§ 10
Béla Knof	§§ 4, 18
Michael Liepin	§§ 7, 15
Dr. Helmut Merkel	§ 4
Dr. Henning Mordhorst	§§ 5, 6
Dr. Bernd Peters	§ 14
Martin Richter	§§ 2, 11 inkl. Anhang
Dr. Jan de Weerth	§ 19
Judith Wittig	§§ 1, 13 sowie Anhänge zu § 9, 11–13, 15